



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 17D
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

E/XII/103 - 6. Mai 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Der neue Herr der Wiener Hofburg	S. 1
Argentinien vor den Wahlen	S. 2
Die Militärs und die Atombombe	S. 4
Zum Gedenken Albert Thomas	S. 6
Ein Aufruf der Internationale	S. 8

Volksentscheid gegen die atomare Aufrüstung

ler. Zum dritten Male in der Geschichte der zweiten Republik Österreich zieht in die Wiener Hofburg ein Sozialist als Bundespräsident ein - der frühere Vizekanzler Dr. Schärff und Vorsitzende der sozialistischen Partei Österreichs. Das österreichische Volk entschied sich in seiner Mehrheit für den profilierten Politiker und Staatsmann und nicht für den Fachmann der Medizin Dr. Denk, es entschied sich für den aufrechten und in den Stürmen der Nachkriegszeit bewährten Demokraten und nicht für einen sogenannten Unparteiischen, hinter dem freilich die ganze Macht der Volkspartei stand.

Die Mehrheit der Wähler versagte sich der Spekulation auf die politische Naivität, sie brachte einen Mann an die Spitze, der durch seinen integren Charakter und durch die Klarheit seines Willens wohl die sichere Gewähr für eine ruhige Fortentwicklung Österreichs zu einem in sich ausgeglichenen Staate bildet. Mit Dr. Schärff sind die Schatten des unglückseligen 12. Februar 1934 endgültig von unserem südlichen Nachbarland gebarnt, kann das Werk eines Karl Renner und Theodor Körner, deren Schüler, Kampfgefährte und Berater der neue Bundespräsident war, fortgesetzt werden.

Der Ausgang dieser Präsidentenwahl ist auch für uns Deutsche hoch bedeutsam. Die Frage, ob die Österreichische Bundeswehr mit atomaren Waffen ausgerüstet werden sollte, spielte auch im letzten Teil des Wahlkampfes eine erregende Rolle. Der Arzt (!) Dr. Denk hatte in einem Interview ausdrücklich seine Bereitschaft bekundet, als künftiger Präsident in Verhandlungen mit den Vertragspartnern für eine Aufhebung

atomarer Waffen und Fernlenkraketen hinzuwirken. Das wird nach dem Ausgange dieser Wahlen nun nicht mehr geschehen.

Das österreichische Volk will nicht solche Zerstörungswaffen, die in letzter Konsequenz zur Selbstvernichtung führen. Es will sich aus dem Wettlauf mit dem Atomtod heraushalten, es will seine Kräfte konzentrieren auf die weltweiten Bemühungen, durch internationale Vereinbarung den Sturz in die internationale Atom anarchie zu stoppen. Als eine der ersten Aufgaben als neugewählter Bundespräsident sieht Dr. Schörf die Einberufung einer Konferenz unter dem Vorsitz Dr. Albert Schweitzers. Damit schließt sich Österreich in die vorderste Front der Vorkämpfer gegen den atomaren Selbstmord ein. So gesehen hat diese Wahl auch ihre internationale Bedeutung, die niemand überschauen kann.

Für die österreichische Innenpolitik ist die Wahl des Sozialisten und Demokraten Dr. Schörf das Ende aller Versuche, durch die Bildung eines reaktionären Bürgerblocks die gegenwärtige Koalition zwischen Sozialisten und Volksparteilern zu sprengen und die Sozialisten aus der Regierungsverantwortung hinauszudrängen. Dr. Denk war nicht nur ein Kandidat der Volkspartei, er hatte auch die Unterstützung der sogenannten "Freiheitspartei", der Nachfolgerin der früheren Unabhängigen.

Die Wähler machten jedoch einen groben Strich durch die Rechnung beider Parteizentralen. Die liberalen Wähler entschieden sich für Dr. Schörf, sie versagten den Parolen ihrer Führer die Gefolgschaft. Sie erkannten in Dr. Schörf einen besseren Bewahrer und Schützer der freiheitlichen Ordnung und des Rechtsstaates als in den Chirurgen Dr. Denk, dessen kurze politische Vergangenheit als ernannter Wiener Stadtrat unter dem Dollfußregime ihn nicht gerade zum Hüter der demokratischen Verfassung prädestinierte. Sie widerstanden auch der Versuchung, sich als Bollwerk gegen den "Marxismus" missbrauchen zu lassen, eine Parole, die die Volkspartei in die Nässe warf, unbeschadet der Tatsache, dass sie über ein Jahrzehnt gemeinsam mit den Sozialisten die Verantwortung für Österreich teilt. So blieb dem österreichischen Volk durch den Ausgang dieser Wahlen die Aufspaltung in zwei einander feindlich gegenüberstehende Blöcke - die Tragik Österreichs in den Zwischenkriegsjahren - erspart, mit trefflicherem Instinkt erkannte es die inneren Gefahren, die mit einer Wahl des "unparteiischen" Arztes für den Bestand des Gleichgewichts der politischen Kräfte aufgetaucht wären.

Unter dem Bundespräsidenten Dr. Schörf ist die Stabilität Österreichs gewährleistet, seine Neutralität gesichert, die Gefahr ausenpolitischer Verwicklungen abgewendet, sein Schicksal in guten Händen aufgehoben.

Ist die argentinische Militärdiktatur noch Herr der Lage ?

Buenos-Aires, Anfang Mai

General Aramburu, der als Nachfolger des Generals Peron und im Auftrage der Wehrmacht als provisorischer Präsident die Geschicke Argentiniens regiert, muss ein merkwürdiges Gefühl der Unbehaglichkeit beschlichen haben, als er neulich morgens erfuhr, dass zwei Polizisten seiner Leibwache, die vor dem Präsidentenpalais in Olivos Wache stehen, sich als gewöhnliche Strassenräuber entpuppt hatten. In ihrer Freizeit beschäftigten sie sich damit, die Besitzer von Nachttaxis zu überfallen und auszuplündern. Man kam ihnen auf die Spur, nachdem sie ein widerspenstiges Opfer kurzerhand mit der Dienstpistole über den Haufen geschossen hatten.

Wenn General Aramburu, wie Harun al Raschid Zeit finden würde, sich unter das Volk zu mischen, würde er sehr bald feststellen, dass unter der guten Million von Staatsbeamten seines 20 Millionen Einwohner zählenden Landes ein sehr hoher Prozentsatz von allen möglichen ehrbaren und anderen Nebenbeschäftigungen lebt, die teils ausserhalb, teils während der Dienststunden ausgeübt werden.

Auf Nebenverdienste sind auch die restlichen Nicht-Beamten angewiesen, denn mit seinen Löhnen oder Gehältern kommt niemand mehr aus. Wie wäre das auch möglich, wenn von einem Tag zum anderen die Preise nicht spiralförmig, sondern raketensteil in die Höhe schiessen: Die U-Bahn von einem halben auf einen ganzen Peso, das Kilo Zucker von 4 auf 8 Peso und die Zahnpasta von 6 auf 13 Peso, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Dabei hat die Regierung Aramburu für alle Löhne und Gehälter einen einjährigen Lohnstopp dekretiert. Berücksichtigt man noch, dass in der 7 Millionenstadt Buenos-Aires selbst bei normaler Stromlieferung die Spannung von 220 auf 160 Volt herabgeht, sodass Eis-schränke, Waschmaschinen und Rundfunkapparate kaum mehr verwendbar sind, dass es ausserdem selbst an Trinkwasser mangelt, dass heute die Eisenbahner, morgen die Milkkutscher und seit vielen Monaten schon die Schiffsbauer streiken - so versteht man, dass Pedro Gonzales, das argentinische Pendant zu Lieschen Müller, sich fragt, ob die hohen Militärs in der Regierung noch Herr der Lage sind.

Und bei alledem steht Argentinien vor den Wahlen. Es sind seit

Elf Jahren peronistischer Diktatur die ersten freien Wahlen, die das Land der Normalisierung, d.h. der Demokratie einen entscheidenden Schritt näher bringen sollen. In ihnen soll ein Rat der Weisen gewählt werden, dem es obliegt, bis spätestens Ende dieses Jahres die peronistische Verfassung zu verändern. Danach sollen im Februar 1958 sowohl der neue Präsident wie das neue Parlament gewählt werden, als letzter Schritt zur Demokratisierung des Landes.

Der amtierende Präsident Aramburu hat in einer Rundfunkrede die Lage des Landes als chaotisch bezeichnet. In einer ähnlichen Situation wie der heutigen ist der abgesetzte Diktator Peron an die Macht gekommen. Er haust heute in einem Luxushotel in Caracas (Venezuela) und wickelt sich dank der mitgenommenen Devisen der Zucht von Rennpferden. Seine Agenten aber schüren von den argentinischen Nachbarländern aus die Verwirrung. Mit Erfolg? Das werden auch die bevorstehenden Wahlen nicht zeigen können, denn die Peronistische Partei ist verboten. Auch für die Kommunistische Partei kann niemand aus dem gleichen Grunde seine Stimme abgeben.

Die übrigen Parteien sind - mit Ausnahme der Sozialisten - gespalten in verschiedene, sich untereinander befehlende Flügel, die auch bei den Wahlen getrennt marschieren werden. Das vermindert in erheblichem Masse die Anziehungskraft, die sie auf den Wähler ausüben. Vielleicht mit einer Ausnahme. Ein Flügel der Radikalen Partei, geführt vom Rechtsanwalt Arturo Frondizi, der sich selbst "los Intransigentes" (die Unbeugsamen) nennt, hat seine ganze Propaganda auf die Gewinnung der ehemals peronistischen Massen und der Kommunisten abgestellt, während seine kostspielige Wahlpropaganda vorwiegend von den Unternehmern aus Industriekreisen bestritten wird. In politisch unterrichteten Kreisen rechnet man damit, dass Frondizi bei den bevorstehenden Wahlen die Mehrheit erringen und auch Argentiniens künftiger verfassungsmässiger Präsident werden wird.

Mit der eventuellen Wahl Frondizis aber sind die Probleme Argentiniens nicht gelöst. Wird es ihm gelingen, die heterogenen Elemente seiner Anhängerschaft auf einen Banner zu bringen? Eine nur ist sicher: alle politischen Parteien sind gegen die gegenwärtige Militärjunta, die die riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des peronistischen Erbes durch nahezu einundehalbjährige Unfähigkeit noch

erheblich vergrößert hat. Es bleibt ihr nur noch eine Aufgabe, bevor sie abtritt: freie Wahlen zu garantieren, wie sie es feierlich versprochen hat.

Aber selbst angesichts des völligen Versagens der Militärs in der Regierung scheint es unter den Offizieren Kreise zu geben, die das Teil ihres Landes im Abblasen der Wahlen und der Proklamierung einer verschärften Militärdiktatur erblicken. Das aber würde bedeuten, dass man den Teufel des Paronismus mit Holzsäb austriebe. Leider ist auch diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen.

* * *

Wo bleibt der Warnruf der Generale ?

zu - Eines der bemerkenswertesten Merkmale in der gegenwärtigen Debatte über die Frage "Atomwaffen für die deutsche Bundeswehr - ja oder nein ?" ist, dass sich die deutschen Kommandanten und Befehlshaber der Bundeswehr mit keinem Wort dazu geäußert haben. Auf sie kommt aber in erster Linie die Frage zu: "Wird unsere Truppe überhaupt die Chance haben, einen Atomkrieg zu überleben ?" oder: "Ist das mit einer solchen kriegerischen Auseinandersetzung unweigerlich verbundene Massensterben und Grauen überhaupt noch mit der Fürsorgepflicht des Offiziers für den Mann vereinbar ?"

Die Antworten auf diese Fragen sind im Grunde längst erteilt worden. Das ist durch hohe Militärs in militärischen Fachzeitschriften geschehen. Man hat es dort unverblümt als "harte Wahrheit" ausgesprochen. Diese Wahrheit lautet konzentriert: Der Soldat würde einen Kobaltbombenangriff von vornherein unter gar keinen Umständen überleben können. Die Verwendung von Wasserstoffwaffen wird er so gut wie nicht überstehen. Ein Kampf mit Atombomben oder Atomartillerie kann er nur bedingt überleben, wenn dazu eine ganze Reihe spezieller Massnahmen getroffen und bestimmte Geräte vorhanden sind.

Die militärische Fachliteratur der Sowjets und der Amerikaner sagt unverblümt, was bereits auf den Soldaten zukommen wird, wenn er "nur" in einen Atomgranatenkrieg verwickelt würde. Er würde sich dann zugleich einem ungeheuren Luftdruck, einem unerträglichen Hitze-

Blitz und einer heimtückischen radioaktiven Strahlung gegenübersehen.

Der Luftdruck wird den Soldaten im Gelände mit der Zerstörungswucht eines riesigen Tornados treffen. Zahlreiche Gegenstände, die für sich allein völlig harmlos sind, werden mit solcher Gewalt durch die Luft geschleudert, dass sie sich in todbringende Geschosse verwandeln. Das Eingraben wird hier nur geringen Schutz bieten.

Die Flammenwirkung der Atomgranaten wird wahrscheinlich auf dem Schlachtfeld mehr Verluste verursachen als alle anderen Folgeerscheinungen dieses grauenhaften Geschosses. Eine tödliche Hitzequelle wird mit Lichtgeschwindigkeit über das Schlachtfeld rasen. Dabei wird es nicht mehr möglich sein, in Deckung zu gehen, denn das Licht umläuft den Erdball in der Sekunde siebenmal.

Die Strahlung radioaktiver Art, welche von einer Atomgranate ausgeht, kann man weder sehen noch sofort fühlen. Aber bereits wenige Stunden später kann der Soldat tot sein. Dagegen gibt es keine Operationen mehr. Die anderen Soldaten können zwar noch jahrelang leben, werden jedoch frühzeitig unfruchtbar und siechen allmählich dahin.

Das alles gilt nur für den Einsatz "Kleiner Atomgeschosse" vom Kaliber 280 mm, wie sie die Amerikaner seit langem in Deutschland stationiert haben und sie auch die Bundeswehr erhalten würde, wenn nach dem Willen der Bundesregierung mit den anderen NATO-Mächten "gleichgezogen" werden sollte. Dabei wird von der "Polgerichtigkeit" der Entwicklung überhaupt nicht gesprochen. Wo sind denn für den Schutz der Bundeswehrsoldaten bis heute beispielsweise die Dosimeter, welche die radioaktive Verseuchung messen, welche feststellen, ob das Wasser noch genießbar oder der Boden noch betretbar ist? Wo ist denn das Glimmröhrenwarngerät, welches Alarm schlägt, wenn die erträgliche Strahlungsgrenze überschritten worden ist und die Parole nur noch lauten kann: "Hette sich, wer kann"?

Die Verwendung von Wasserstoffwaffen wird für die Truppenführer, die durch Atomgranaten und -bomben ausgelöste Ratlosigkeit vollständig machen. Hier kann nichts mehr für den Mann getan werden. Wo sind nun die hohen Militärs, die aus ihrer Verantwortung für den Mann die warnende Stimme erheben? Die Fürsorge für den Mann würde doch gerade in diesen Tagen den Warnruf der verantwortlichen Offiziere auch in der Bundesrepublik auslösen müssen!

Sin Pionier des sozialen Fortschritts

sp - Eine Ausstellung des Genfer Internationalen Arbeitsamtes, die unter dem Leitwort "Kunst und Arbeit" steht, ist dem Gedenken des ersten Direktors dieser weltumspannenden Organisation gewidmet, dessen Todestag sich am 8. Mai zum 25. male jährt. - Albert Thomas, jenes Mannes, von dem auf internationalem Gebiet starke Auftriebe für den sozialen Fortschritt ausgingen. Das Internationale Arbeitsamt hat seit seiner 1919 erfolgten Gründung grosse Erfolge erzielt, es hat die Sozialgesetzgebung, die früher auf ungewissen Grundlagen ruhte, von den Wechselfällen der Politik und der Wirtschaftskonjunktur abhängig, im Leben der Völker verwurzelt und mit einer Lebenskraft erfüllt, die alle bisherigen Krisen überstand. Es gibt Forderungen der Sozialpolitik, denen die gleiche Kraft innewohnen muss wie den sittlichen Forderungen der Lehre Kants. Ohne Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit kann es keinen Weltfrieden geben. Zu den obersten Aufgaben jeder Regierung sollte der Schutz der Volksgesundheit, die Sicherung und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten gehören. Das Leben und Wirken eines Albert Thomas' war erfüllt vom unermüdblichen Bestreben um die Verwirklichung dieser Postulate, die Schaffung des Internationalen Arbeitsamtes entsprang seinen Ideen, hier fand er die Plattform für eine umfassende, die Sozialgeschichte der modernen Industriegesellschaft weitreichend beeinflussende Tätigkeit.

Das Internationale Arbeitsamt hat den Genfer Völkerbund, mit dem es gleichzeitig ins Leben gerufen worden war, überlebt, es gehört heute zu den segensreichsten internationalen Institutionen. Zwölf Jahre bestand es unter der Leitung Albert Thomas'. Er hat es verstanden, die erforderlichen wissenschaftlichen Kräfte zu finden und heranzuziehen und ihren Arbeiten jene Richtung zu geben, die schon damals aus den Veröffentlichungen des I.A.A. eine einzigartige Quelle für alle Fragen auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik gemacht hat. Der Franzose Albert Thomas kannte keine nationalen Vorurteile. In der Not und in der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sah er den Feind der Menschheit. Die Teilnehmer der Pariser Friedensverhandlungen überraschte er durch die Zähigkeit und den Eifer, mit denen er sich für die Aufnahme von Arbeitsschutzbestimmungen in den Friedensvertrag

einsetzte. Für die heute lebenden Menschen mag es nicht soviel bedeuten, dass damals, vor fast 40 Jahren, der Gedanke der 48-Stundenwoche in vielen Ländern durch die Ausstrahlungskraft des Internationalen Arbeitsamtes seinen gesetzlichen Niederschlag fand - heute ist ja grösstenteils die 45-Stundenwoche verwirklicht, die 40-Stundenwoche ein Mahziel - aber das war doch ein grosser Schritt nach vorn. Er setzte für die Regierungen eine verpflichtende Norm, die sie ohne Schädigung ihres moralischen Ansehens nicht mehr verlassen konnten. Der Grundsatz eines internationalen Arbeiterschutzes setzte sich durch.

Albert Thomas wurde auf der Höhe seines Wirkens vom Tode ereilt. Sein Leben diente dem arbeitenden Menschen, dem internationalen Frieden und der sozialen Gerechtigkeit. Er gehörte zu den Pionieren des sozialen Fortschritts, dem die moderne Welt viel zu verdanken hat.

* * *

Revier wuchs um Großstadt

Die Städtelandschaft an der Ruhr hat sich innerhalb eines Jahres um eine weitere imaginäre Großstadt verdichtet: Die Bevölkerungszahl des Ruhrkohlenbezirks ist 1956 um rund 123 000 auf 5,420 Mill. gestiegen. Mit 2,3 v.H. war die Wachstumsrate grösser als im Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen, der knapp 2 v.H. betrug.

In der absoluten Zunahme stehen die kreisfreien Städte des Ruhrkohlenbezirks mit 58 000 Neubürgern weit vornan; in den Landkreisen betrug der Zugang 34 500. Relativ aber wachsen die Landkreise kräftiger, nämlich um 2,7 v.H., während die Bevölkerungszahl der achtzehn Stadtkreise im Schnitt um 2,2 v.H. anstieg. Während sonst weithin der unaufhaltsame Abfluss von Lande in die Großstädte die Entwicklung kennzeichnet, wirken im Ruhrgebiet die Wanderungstendenzen des Bergbaues zusammen mit der großräumigen Planung dahin, dass die industrielle Expansion zunehmend in die noch aufnahmefähigen ländlichen Gebiete gelenkt wird. Modell dafür stehen die Landkreise Dinslaken mit einer Zuwachsquote von 4,6 v.H. im vergangenen Jahre sowie die Kreise Moers mit 3,4 und Recklinghausen mit 3 v.H. Unter den Großstädten hat Herne mit einer Zunahme von nur 0,3 v.H. den extremen niedrigsten Bevölkerungsgewinn.

* * *

Freiheit und Frieden für alle Völker !

Für den in den Monaten Mai und Juni stattfindenden Frauentag der Internationale hat der Internationale Rat Sozialdemokratischer Frauen folgende Botschaft erlassen:

Die politisch organisierten Frauen, in deren Namen der Internationale Rat Sozialdemokratischer Frauen spricht, haben in ihren verschiedenen Ländern im Kampf um soziale Befreiung und die Rechte der Frau verschiedene Stufen erreicht. Dennoch besteht eine Gemeinschaft in Zielen und Bestrebungen, und der Wille zu gegenseitiger Hilfe und zur Zusammenarbeit drängt mehr und mehr nach Verwirklichung.

Allen gemeinsam ist die Erkenntnis, dass weiterer Fortschritt überall von zwei wesentlichen Bedingungen abhängt: Freiheit und Frieden für alle Völker. An diesem internationalen Frauentag, in dieser Zeit des Konflikts und der Furcht, bestätigen wir unseren Willen zur -

Solidarität mit den Opfern der Unterdrückung;
Unterstützung der Kämpfer für Freiheit und Demokratie;
Arbeit für die friedliche Beilegung von Konflikten;
Stärkung der Vereinten Nationen als dem Forum des Weltgewissens und der Organisation, der es obliegt, der allgemeinen Abrüstung den Weg zu bahnen.

Von neuem erhebt der Internationale Rat Sozialdemokratischer Frauen seine Stimme im Appell für die Beendigung, unter internationaler Kontrolle, der Experimente mit Wasserstoffbomben. Die von verantwortlichen Wissenschaftlern und Politikern erlassene Warnung hat die Dringlichkeit dieses Appells bestätigt. Die Bedrohung der gegenwärtigen und künftigen Generationen durch nukleare Explosionen selbst im Frieden muss abgewendet werden.

Wenn Frieden und Freiheit gesichert sind, kann die Entwicklung der Atomkraft und aller Schätze der Erde im Interesse der Gemeinschaft und ihre gerechte Verteilung eine Welt des Wohlstandes, der Gerechtigkeit und der Schönheit schaffen. Nicht nur können die materiellen Bedürfnisse der Menschheit befriedigt werden. Die Vision einer Gesellschaft, in der alle an den Schönheiten der Natur und der Kunst an wahrer Gemeinschaft und den kühnen Forschungen des menschlichen Geistes teilhaben, kann zur Wirklichkeit werden. Die Sozialisten arbeiten für diese Ziele, und nur der Fortschritt der demokratisch-sozialistischen Kräfte in der Welt kann ihre Verwirklichung sichern.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel